



Wirtschafts- und Sozialrat
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Eupen, den 11. Mai 2020

Fragenkatalog

Fragen zur Coronakrise

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (WSR) hat auf Eigeninitiative einen Fragenkatalog zur aktuellen Coronakrise verfasst.

Der geschäftsführende Ausschuss des WSR hat sich in seinen Sitzungen vom 21. April 2020, vom 27. April 2020 und vom 11. Mai 2020 mit dieser Thematik befasst und stellt folgende Fragen.

* *
*

Einleitung

Nachdem am 6. April ein erstes Krisendekret im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet wurde, hat die Regierung, nicht zuletzt auf Wunsch des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft (WSR), am 10. April eine virtuelle Konzertierungssitzung organisiert. Dort wurden u.a. die Grundzüge des mittlerweile vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedeten Krisendekrets 2020 Nr. II vorgestellt. Zu dessen Entwurf hat der WSR am 22. April 2020 aus Eigeninitiative eine Stellungnahme verfasst. In den Diskussionen zur Erstellung der Stellungnahme wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen, die nicht in direktem Zusammenhang zu den Krisendekreten stehen. Zur aktiven Gestaltung der zukünftigen Entwicklung halten die Sozialpartner diese Fragen für sehr bedeutend und möchten sie deshalb im vorliegenden Fragenkatalog thematisieren. Diese Fragen betreffen Zuständigkeiten, die ganz oder zumindest teilweise durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgeübt werden.

Vorab möchte der WSR einleitend eine Empfehlung an alle politischen Verantwortungsträger in Belgien richten.

In der Pressekonferenz des Nationalen Sicherheitsrates vom 24. April 2020 bedankte sich der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Oliver Paasch, für die Solidarität und die Disziplin in der Bevölkerung. Diese Solidarität und Disziplin, so Herr Paasch, seien die Voraussetzungen, um später weitere Lockerungen vornehmen zu können. Dieser Schlussfolgerung können die Sozialpartner nur beipflichten.

Die Sozialpartner bedauern vor diesem Hintergrund, dass Solidarität und Disziplin in manchen politischen Kreisen weniger Bedeutung zu haben scheinen. Anders können sie sich nicht erklären, wie bereits an den Folgetagen der o.g. Pressekonferenz Mitglieder verschiedener Regierungen dem Inhalt dieser Konferenz widersprechen und die einzelnen Maßnahmen unterschiedlich ausgelegt haben konnten. Es entsteht dadurch der Eindruck, dass manche Politiker die Krise zu nutzen suchen, um sich wahlkampftechnisch zu profilieren. Diese Vorgänge unterminieren die Glaubwürdigkeit der Politik. Der WSR befürchtet, dass wenn das Vertrauen der Bürger in die Politiker und ihre Politik schwindet, auch das Vertrauen in die durch die Regierungen beschlossenen Maßnahmen schwindet und sie nicht mehr befolgt werden. Das würde eine ernsthafte Gefahr für die Volksgesundheit bedeuten. Um dies zu verhindern möchten die Sozialpartner den Mitgliedern aller Regierungen des Landes freundlichst empfehlen, für gemeinsam beschlossene Maßnahmen zukünftig immer gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Gerade in Zeiten, in denen der Bevölkerung tatsächlich ein ausgesprochenes Maß an Solidarität und Disziplin abverlangt wird, sollte die Politik ein gutes Vorbild abgeben.

Fragen zur Coronakrise

Es ist oft die Rede davon, dass die Rücknahme der Maßnahmen in Schritten erfolgen wird. Die große, derzeit noch nicht in Gänze zu beantwortende Frage ist die nach dem Weg, auf dem die Gesellschaft zukünftig konkret „zurück ins normale Leben“ finden kann. Um zumindest in Teilbereichen einen Einblick in die Planung dieses Wegs zurück gewinnen zu können, möchte der WSR die folgenden Fragen an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft richten.

Im Bereich Kinderbetreuung

Ab dem 18. Mai 2020 sollen nach dem Beschluss des Nationalen Sicherheitsrats die ersten Schüler wieder in ihre Schulen zurückkehren. Gleichzeitig werden zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich viele Eltern wieder an ihren gewohnten Arbeitsplatz zurückgekehrt sein. Die Öffnung der Schulen ist mit großen Einschränkungen verbunden, so dass nur ein Bruchteil der Gesamtanzahl Schüler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft tatsächlich einem Präsenzunterricht folgen können wird. Dadurch sind zahlreiche Kinder weiterhin auf eine alternative Betreuung angewiesen sein. Die Notfallbetreuung in den Schulen soll zwar für Kinder deren Eltern in nicht-wesentlichen Berufen arbeiten und die über keine Betreuungsalternative verfügen, geöffnet werden, doch gehen die Sozialpartner nicht davon aus, dass dort unter Einhaltung aller Vorschriften alle in Frage kommenden Schüler betreut werden können. Unter diesen Umständen ist es aus ihrer Sicht fraglich, ob die Eltern dieser Kinder tatsächlich ihre Arbeit zu den vom Nationalen Sicherheitsrat genannten Daten wiederaufnehmen können. Die Eltern, die weiter im Home-Office arbeiten können bzw. müssen, werden größtenteils weiter vor der schwierigen Aufgabe stehen, ihre Arbeit mit der Betreuung ihrer Kinder kombinieren zu müssen. Die vom WSR beschriebene Situation ist weder für die betroffenen Arbeitnehmer noch für deren Arbeitgeber gesund.

Vor dem Hintergrund, dass die Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen aufgrund der geltenden Regeln zur physischen Distanzhaltung in ihrer Aufnahmekapazität stark eingeschränkt sind, möchten die Sozialpartner erfahren, welche Maßnahmen die Regierung plant um die Betreuung für alle betroffenen Familien zu gewährleisten. Darüber hinaus möchten sie wissen, ob im Rahmen der Nachbarschaftshilfe zumindest Zusammenschlüsse von wenigen Haushalten erlaubt werden können oder ob nach weiteren alternativen Möglichkeiten gesucht wird. Durch eine abwechselnde Betreuung aller Kinder dieser Haushalte durch einen oder zwei Elternteile, würden die betroffenen Eltern zumindest zeitweise deutlich entlastet. Gleichzeitig könnte so vielleicht ein Ansturm auf die Notbetreuung der Schulen oder des RZKB vermieden werden.

Der WSR möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass die Problematik der Kinderbetreuung nicht mit dem Ende des laufenden Schuljahres zum 30. Juni 2020 enden wird. Über die Monate Juli und August nutzen zahlreiche Eltern die üblicherweise angebotenen Sommerlager und -aktivitäten zur Förderung und Betreuung ihrer Kinder. Sollten diese aufgrund der Coronakrise abgesagt werden, stehen viele Arbeitnehmer im Sommer weiter vor großen Problemen in Bezug auf die Kinderbetreuung. **Die Sozialpartner stellen deshalb die Frage, ob die Regierung für den Sommer Maßnahmen zur Kinderbetreuung plant. Wird sie für die Monate Juli und August einen solidarischen Schulterschluss zwischen allen Akteuren anstreben, die über relevante Erfahrung in der Kinderbetreuung und -animation verfügen, um die Betreuung jener Kinder zu gewährleisten, deren Eltern über keine adäquate Betreuungsmöglichkeit verfügen?**

Im Bereich der Bildung

Im Bildungsbereich besteht Grund zur Sorge, dass der Bildungsstand zumindest bei manchen Schülern bis zum Beginn des nächsten Schuljahres rückläufig sein könnte. Auch der Beginn des kommenden Schuljahres wird nicht unter den normalen Umständen ablaufen. Damit wird die Problematik des Bildungsrückstands und der schwierigen Unterrichtsorganisation auch im kommenden Schuljahr noch akut sein. Die Sozialpartner sind sich dessen bewusst, dass diese Frage derzeit von den hiesigen Schulen und Entscheidungsträgern intensiv diskutiert wird. Sie möchten an dieser Stelle ihrer Erwartung Ausdruck verleihen, dass der potenzielle Rückgang des Bildungsstands unter den gegebenen Umständen möglichst geringgehalten wird. **Der WSR möchte deshalb wissen, wie die Regierung den entstandenen Bildungsrückstand mittelfristig, d.h. bis in das nächste Schuljahr hinein, wieder aufholen möchte.** Die Frage, wie es im Bereich der Bildung und Ausbildung weitergehen soll, gilt nach Meinung der Sozialpartner besonders für die technischen Ausbildungen, sei es im Sekundarschulbereich oder der mittelständischen Lehre, für die ein Fernunterricht nicht möglich ist und deren Absolventen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt stark nachgefragt sind.

Die Aufgabe, die Schüler, Lehrlinge und Studenten an der AHS trotz des andauernden Ausfalls des normalen Unterrichts und einer noch nicht abzusehenden Normalisierung, mittelfristig wieder auf den ursprünglich vorgeschriebenen Bildungsstand zu bringen wird nicht zuletzt den Lehrern und Ausbildern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Einiges abverlangen. **Die Sozialpartner möchten in Erfahrung bringen, wie das Schulwesen gedenkt, sich auf diese Problematik einzustellen und welche Hilfen den Lehrenden an die Hand gegeben werden können, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden zu können.**

Im Bereich der Beschäftigung

Es ist zu erwarten, dass nicht alle Betriebe die Coronakrise und ihre Folgen wirtschaftlich überstehen werden oder zumindest Personal abbauen müssen. Demzufolge rechnet der WSR für die kommenden Monate mit einer steigenden Arbeitslosigkeit. Diese zu beziffern wäre zum jetzigen Zeitpunkt reine Spekulation. Erste Indizien werden vielleicht die Zahlen zur Arbeitslosigkeit ab Mai geben. Insbesondere nach dem Ende der föderalen Maßnahmen zur Coronakurzarbeit ist ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu befürchten. Unter diesen, neu in die Arbeitslosigkeit entlassenen Arbeitnehmern werden sich zahlreiche (hoch-)qualifizierte Menschen befinden. Die Sozialpartner befürchten, dass diese Menschen, wenn sie über eine längere Zeit in der Arbeitslosigkeit verbleiben, ihre Qualifikation einbüßen könnten. **Vor diesem Hintergrund möchte der WSR von der Regierung erfahren, ob es Pläne für eine Qualifizierungsoffensive dieser Arbeitssuchenden gibt.**

Der WSR möchte an dieser Stelle die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG) ansprechen. In den letzten Jahren hat sich das ADG vor dem Hintergrund der recht niedrigen Arbeitslosigkeit vor allem auf die Vermittlung von Arbeitssuchenden aus Risikogruppen spezialisiert. **Der WSR stellt nun die Frage, wie diese Vermittlungstätigkeit zukünftig spezifisch auf (hoch-)qualifizierte Arbeitssuchende ausgeweitet werden kann (Gefahr des Brain drain).**

Im Bereich des Tourismus

Seit vielen Jahren setzt sich die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Entwicklung des hiesigen Tourismus ein. Dazu gehört auch, dass die Bürger lange Zeit dazu ermutigt wurden in den Tourismus zu investieren. Zahlreiche Ferienwohnungen zeugen von erfolgreichen Bestrebungen, die Deutschsprachige Gemeinschaft als Tourismusziel zu etablieren. Auch im Bereich der Hotellerie wurden über viele Jahre bedeutende Investitionen getätigt. In der Coronakrise stehen jetzt viele Ferienhaus- oder Ferienwohnungsbesitzer und Hoteliers vor dem Problem fehlender Buchungen bzw. massiver Stornierungen. Darüber hinaus fehlt ihnen derzeit eine realistische Perspektive, ab wann sie wieder Feriengäste annehmen können. Nicht besser ergeht es in der Coronakrise den Restaurants und Cafés. **Der WSR möchte von der Regierung erfahren, ob für den Horecasektor und die Sektoren, die zwar indirekt, aber vollständig vom Tourismus abhängig sind, (z.B. Boots- oder Fahrradverleih, geführte Wanderungen u.v.m.) Hilfen vorgesehen werden.**

Im Bereich der Gesundheit

Auch in den hiesigen Krankenhäusern ist es medizinischen Spezialisten derzeit nur in bestimmten Notfällen erlaubt ihrer Arbeit außerhalb von Covid 19 Behandlungen nachzugehen. Diese Einschränkung droht bei weiterer Aufrechterhaltung fatale Folgen nach sich zu ziehen. Eine wachsende Anzahl von Spezialisten verschiedener medizinischer Fachrichtungen warnt vor einer sogenannten „zweiten Welle“ von Gesundheitsproblemen und Sterbefällen infolge von verschleppten schwerwiegenden Krankheitsbildern, die auf uns zukommen würde. **Der WSR möchte wissen, was in den kommenden Wochen mit den Behandlungen passieren wird, die bisher nicht stattfinden konnten und es derzeit immer noch nicht können. Wie möchte man diesen Rückstand wieder aufholen und wie müsste das Gesundheitssystem zukünftig aufgebaut werden, um eine folgenschwere Unterbrechung von medizinischen Diensten aufgrund einer Konzentration von Fällen einer einzigen Krankheit zu vermeiden?**

Im Bereich der mentalen Gesundheit sieht der WSR die Gefahr einer zunehmenden Anzahl von Burn-Out Fällen. Diese Gefahr trifft nicht nur die Berufe, die während der Coronakrise einem besonderen Stress ausgesetzt sind (wie im Krankenhaus- und Pflegebereich), sondern auch viele Eltern, die täglich eine Kombination aus Home-Office und Kinderbetreuung leisten müssen. **Es ist absolut notwendig, dass eine Bilanzierung aller durch die Coronakrise hervorgerufenen gesundheitlichen Schäden vorgenommen wird.** Diese Bilanzierung muss auch eine Prüfung der mit der Krise verbundenen Folgeschäden beinhalten.

Im Bereich der Finanzen und des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Der WSR geht davon aus, dass eine noch unbekannte Anzahl von Unternehmen die Coronakrise finanziell nicht überleben wird. **Um die Anzahl möglichst gering zu halten, möchten die Sozialpartner von der Regierung wissen, ob sie Maßnahmen ausarbeitet, um gefährdete Unternehmen frühzeitig zu unterstützen und/oder ihren Einfluss bei der Wallonischen Region und dem Föderalstaat geltend macht, damit diese Instanzen die notwendigen diesbezüglichen Maßnahmen ergreifen und längerfristig weiterführen.**

Die Frage nach entsprechenden Maßnahmen gilt auch in Bezug auf Privatpersonen, die während oder nach der Krise in nicht mehr eigenständig zu stemmenden finanziellen Schwierigkeiten geraten. Bedingt durch Einkommensausfälle oder Arbeitslosigkeit droht dieses Schicksal einen spürbaren Anteil der Bevölkerung zu treffen.

Aus Sicht der Sozialpartner wären für die o.g. Unternehmen und Privatpersonen Hilfen, wie z.B. Kreditgarantien, die Schaffung eines Entschuldungsfonds oder Direkthilfen denkbar. **Bestehen auf Ebene der Regierung Überlegungen, solche Hilfen zu stellen?** Sollte die Regierung an solchen Maßnahmen arbeiten, ruft der WSR dazu auf, den bürokratischen Aufwand sowohl für den Antragsteller als auch für die Verwaltung möglichst gering zu

halten. Die Zugangskriterien müssten so definiert werden, dass möglichst viele betroffene Unternehmen und Privatpersonen in den Genuss von Hilfen kommen können.

Für den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft stellt die Bewältigung der Coronakrise eine besonders große Herausforderung dar. Die Regierung schätzt das Defizit im Haushalt für 2020 laut eigener Aussage aufgrund der bereits beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der Coronakrise auf 30 Millionen €. Auch in den Folgejahren dürfte der Gemeinschaftshaushalt mit einem Defizit abschließen. **Der WSR möchte von der Regierung erfahren, ob es bereits Überlegungen oder Pläne gibt, sich mittelfristig aus dieser Situation zu befreien und einen ausgewogenen Haushalt zu erreichen. Wird die Regierung vor dem Hintergrund des enormen und längerfristigen durch die Coronakrise entstehenden Haushaltsdefizits und der sich möglicherweise verändernden gesellschaftlichen Bedürfnisse in Konzertierung mit allen betroffenen Akteuren mittelfristig eine Neubewertung bzw. -orientierung der bereits beschlossenen und in Planung befindlichen Aktionen und Projekte vornehmen? Wird es Anstregungen geben, um im Haushalt der DG mit geringeren Mitteln auszukommen, ohne wichtige Dienstleistungen für die Bürger und Unternehmen zu beeinträchtigen?**

Im Bereich des Sozialdialogs

Die Bewältigung der Coronakrise bedarf tiefgehender Analysen, Bewertungen und Zukunftsplänen. **Die Sozialpartner müssen frühzeitig, vollständig informiert, konstruktiv und auf Augenhöhe an diesem Prozess beteiligt werden.**

Wir unterstreichen an dieser Stelle die Forderung aus unserer Stellungnahme zum Entwurf des Krisendekrets 2020 Nr. II, in der wir für alle mit diesem Krisendekret geplanten und alle noch folgenden Maßnahmen im Umgang mit der Coronakrise eine enge Konzertierung mit den Sozialpartnern fordern.

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Frage möchten der WSR ebenfalls wissen, welche Rolle der organisierten Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der Coronakrise zukommen wird.

Die Sozialpartner sind der Meinung, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern verschiedener Organisationen und Institutionen geschaffen werden sollte, welche die föderalen Beschlüsse auf die DG-Ebene herunterbricht und im entgegengesetzten Weg die hiesigen Bemerkungen und Positionen an die föderale Ebene heranträgt.

Zum Schluss

Auch wenn die Coronakrise nun schon einige Wochen andauert, ist ihr Ende noch lange nicht abzusehen. Der WSR wünscht vor diesem Hintergrund eine kontinuierliche Bilanzierung des bisherigen Umgangs mit dieser Krise, die offen gelegt hat, dass die zuständigen Instanzen nicht angemessen auf einen gesundheitlichen Notfall vorbereitet waren und angemessene Notreserven nicht existierten. Die angesprochene Bilanzierung soll auch dazu dienen, die Gesellschaft für zukünftige Notfälle zu wappnen. Es müssen Notfall- bzw. Pandemiepläne erstellt werden, die bei neuerlichen Pandemien oder sonstigen Notfällen (z.B. Atomunfällen) zum Einsatz kommen. Mit der Erstellung der Pläne muss die Festlegung von Prozeduren und die Beschaffung und Bereithaltung des benötigten Materials einhergehen. Sowohl die Festlegung von Prozeduren als auch die Beschaffung von Material sollten im Idealfall auf europäischer Ebene koordiniert werden. So könnte bei zukünftigen sanitären oder sonstigen Notfällen so manche Absurdität verhindert werden, die wir derzeit in bestimmten Maßnahmen erleben. Eine unkoordinierte Schließung der Grenzen beispielsweise, sollte nicht mehr stattfinden.

Die Grenzschießungen haben im real gelebten Alltag negative Auswirkungen auf die Lage zahlreicher Arbeitnehmer und -geber in den Grenzregionen. Sie widersprechen nicht nur dem europäischen Gedanken, sondern stehen in diesem konkreten Fall bedauerlicher Weise für ein Versagen der Europäischen Union in dieser Krise. Das, so befürchten die Sozialpartner, ist Wasser auf den Mühlen europafeindlicher Populisten.

Die in vielen Bereichen weiterhin nationalstaatlich organisierten Zuständigkeiten (z.B. bei der Gesundheit) und fehlende Vorgaben der EU innerhalb ihrer Zuständigkeiten (z.B. bei den Grenzen) haben zu der obengenannten Entwicklung geführt. Dies verdeutlicht, dass für den Krisenfall grenzüberschreitende Entscheidungswege benötigt werden.

Eine weitere wichtige Erkenntnis, aus der Konsequenzen gezogen werden sollten, ist, dass die Coronakrise schonungslos die Defizite in unserem Gesundheitssystem offenlegt. Über viele Jahre hinweg wurde der Gesundheitssektor wie ein eigenständiger Wirtschaftszweig angesehen. In ganz Europa wurden Sparmaßnahmen in diesem Sektor durchgeführt, um die Staatsfinanzen zu sanieren. Die aktuelle Krise zeigt deutlich, dass dieser Weg ein falscher war und die Gesundheitssysteme nicht ausschließlich mit der Logik eines Wirtschaftszweiges behandelt werden dürfen.

Vielmehr sollten sie wie eine Grundversorgung in der Trägerschaft der öffentlichen Hand gesehen werden. Als Gesellschaft müssen wir uns fragen, ob wir aus dieser selbstverursachten Schwächung des Gesundheitssystems die Konsequenzen ziehen wollen. Dabei sollte es uns wichtig sein, dieses System auf der einen Seite möglichst effizient zu gestalten, indem wir es nach medizinischen Kriterien an die Bedürfnisse in „normalen“ Zeiten ausrichten und auf eine entsprechende qualitativ und quantitativ korrekte Ausstattung (Personal, Material, Infrastruktur, ...) Wert legen. Auf der anderen Seite sollten

wir genug Spielraum vorsehen um in Krisenzeiten schnell und ausreichend reagieren zu können. Dazu bedarf es angemessener Personal- und Materialreserven sowie guter Krisenpläne, die auf früheren Krisenerfahrungen aufbauen und entsprechend weiterentwickelt wurden, die es erlauben, in Sondersituationen eine Erhöhung bzw. Bereitstellung des benötigten Materials und eine Polyvalenz des Personals innerhalb kürzester Zeit zu garantieren.

Ohne die Virulenz der neuen Epidemie zu verkennen, stellt sich in dem Zusammenhang die Frage der Berechtigung der Politik, die seit geraumer Zeit im Gesundheitswesen und insbesondere im Krankenhauswesen in quasi allen Ländern der EU und sicherlich auch in Belgien betrieben wurde und die mit einer geplanten Reduktion der Krankenhausbetten einherging und dies trotz einer steigenden Bevölkerungszahl. Begründet wurde diese Politik mit finanziellen und wirtschaftlichen Argumenten. Höhere Auslastungsquoten der Betten, kürzere Verweildauer im Krankenhaus, mehr ambulante Behandlungen und die Auslagerung von Aktivitäten sollten die sanitären Risiken dieser Sparpolitik, die u.a. die Gewerkschaften ablehnen abfedern. In wie fern diese Politik, die mit einer unzulänglichen Personal- und Ausbildungspolitik einhergeht, eine Mitschuld an der aktuellen Situation trägt, muss dringend eruiert werden.

Zum Schluss möchten wir darauf hinweisen, dass die jetzt durchgeführten Maßnahmen zur Stützung der Gesellschaft und der Wirtschaft auch wegen des gut funktionierenden Systems der Sozialen Sicherheit in Belgien ermöglicht wurden. In einem gewichtigen Masse verhinderte die Soziale Sicherheit ein Zusammenbrechen des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Damit wir uns auch in Zukunft in Krisenzeiten auf die Soziale Sicherheit verlassen können, müssen wir gemeinsam für ein gesundes Gleichgewicht zwischen einer funktionierenden Wirtschaft und der Sozialen Sicherheit sorgen.

Bernd Despineux
Präsident